

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
14. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan
am Donnerstag, dem 08.12.2016 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
20:00

Vorsitz

Stv. Jochen Sack

CDU-Fraktion

Stv. Vincent Endereß
Stv. Klaus Mentrop
AM David Schmitz

bis TOP 2/3
Vertretung für Stv. Nadine Bartz-Jetzki
Vertretung für AM Sven Groters

SPD-Fraktion

Stv. Uwe Elker
Stv. Marion Klaus
AM Yvonne Streicher

WLH-Fraktion

AM Anneli Schniewind

bis TOP 2/3

FDP-Fraktion

AM Thomas Kirchhoff

Schriftführer

VA Christoph Tober

stimmberechtigte Mitglieder

AM Martin Haesen
AM Markus Knaup
AM Thomas Krautwig
AM Dr. Reinhard Pech

bis TOP 2/3

beratende Mitglieder

AM Heinrich Beyll
Herr Peter Burek
AM Beate Grass
AM Markus Helf
Frau Elke Müller-Leydig
AM Renate Tappen

bis TOP 2/3

1. Beigeordnete/r

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella

Verwaltung

VA Elke Fischer

TA Peter Sangermann

StOVR Udo Thal

Vertreter der Polizei

AM Kriminaloberkommissarin Nicole

Creutz

Gäste

Herr Andreas Aguirre

Dominik Budysh

Herr Christian Kilian

Jugendparlament

Der Vorsitzende Jochen Sack eröffnet um 17:00 Uhr die 14. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Sitzungsbeginn verteilt die **Verwaltung** einen aktuellen Schnellbrief des Städte- und Gemeindebundes NRW (Nr. 325/2016) zur BGH-Rechtsprechung zum U3-Bereich (Anlage 1).

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Anschließend erfolgt die Verpflichtung von Frau Elke Müller-Leydig (Kreisgesundheitsamt) sowie Frau Nicole Creutz (Kreispolizeibehörde) als neue beratende Mitglieder.

Auf Vorschlag des **Vorsitzenden** besteht im **JHA** Konsens, den Tagesordnungspunkt 4 vorzuziehen und nach TOP 1 einzusortieren.

Öffentliche Sitzung

1./ Jugendfragestunde und Jugendparlament aktuell

Protokoll:

Jugendfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Jugendparlament aktuell

Das Mitglied des Jugendparlaments (JuPa) **Herr Dominik Budyh** berichtet über den erfolgreich verlaufenen Start des Jugendcafés und die anfänglichen Herausforderungen der Betriebsorganisation. Als nächste Projekte des JuPas werden die Öffentlichkeitsarbeit für das Jugendcafé sowie die Spielflächenleitplanung benannt. Die nächste öffentliche Sitzung des Jugendparlaments finde statt am Montag, den 12. Dezember 2016 um 18:30 Uhr im Sitzungssaal. Der **Jugendreferent** hebt die Bedeutung des Jugendcafés als Teil der jugendlichen Infrastruktur hervor. Es wirbt um weitere Unterstützung und informiert abschließend über die Website des Jugendcafés (www.juka-haan.de).

2./ Spielflächenleitplan Haan 2025 Vorlage: 61/136/2016

Protokoll:

Der Mitarbeiter des Büros „ST-Freiraum“ **Herr Christian Kilian** fasst die zentralen Ergebnisse des Spielflächenleitplans Haan 2025 anhand einer Präsentation zusammen (Anlage 2). Auf Nachfrage der **CDU-Fraktion** erläutert die **Verwaltung**, dass sich bei einzelnen Spielflächen die geplanten Umsetzungsmöglichkeiten noch in der Klärung mit Grundstückseigentümern befänden. **AM Dr. Reinhard Pech** fragt nach dem weiteren Beratungsgang der Vorlage. Die **Verwaltung** erläutert, die Abschlussfassung der Spielflächenleitplanung in den nächsten Sitzungszyklus einbringen zu wollen (Haushaltsplanvorlage / Haushaltsberatungen). Im **JHA** besteht Konsens, den Beschlussvorschlag dementsprechend zu erweitern und dass die Priorisierung der Maßnahmen durch den JHA erfolgen solle. Es kommt zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem Entwurf des Spielflächenleitplans Haan 2025 (SFLP) mit den in der Sitzung vorgestellten Ergänzungen wird zugestimmt. Der JHA beauftragt die Verwaltung, in der Haushaltsvorlage 2017 (JHA 2. Februar 2017) als Basis für die Haushaltsentscheidung eine konkrete Darlegung aufzunehmen. Die Festlegung und Priorisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen erfolgt durch den JHA.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3./ Jugendhilfeplanung: Kindertagesstättenbedarfsplanung 2017/18 - Vorlage wird nachgereicht - Vorlage: 51/142/2016 Vorlage: 51/142/2016

Protokoll:

Anmerkung: TOP 2 und TOP 3 wurden aufgrund des inhaltlichen Bezugs gemeinsam beraten.

Der **Vorsitzende** weist auf den Zusammenhang zwischen TOP 2 und 3 hin und schlägt eine gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte vor.

Nach einführenden erläuternden Worte der **Verwaltung** fragt die **CDU-Fraktion** an,

-
- a) ob der interkommunale Ausgleich zwischenzeitlich angewendet werde,
 - b) da die in der Planung genannte Wartelistenzahl von Ende Oktober sei, es zwischenzeitlich aktuellere Erkenntnisse geben würde,
 - c) wie hoch die städtischen Aufwendungen für einen 45h-Platz im Vergleich zu einem 35h-Platz seien,
 - d) wie sich der vergleichsweise hohe Anteil 45h-Plätze erkläre, und
 - e) wie sich die städtischen Aufwendungen bei einer Umwandlung in Gruppenform III von 35h auf 45h am Beispiel der Kindertageseinrichtung Guttentag-Loben-Straße verändern würden.

Die **Verwaltung** führt aus, dass

- a) der interkommunale Ausgleich für die Kindergartenjahre 2014/15 und 2015/16 nach vorheriger Prüfung der Auswirkungen bei den betreffenden Kommunen zwischenzeitlich geltend gemacht worden sei. Im Gegenzug würden andere Kommunen nun auch mit der Stadt Haan abrechnen.
- b) vorbehaltlich der Prüfung und Bereinigung der Warteliste gegenüber dem Stand 26.10.2016 bis heute zusätzlich rd. 40 bis 50 Anmeldungen registriert worden seien. Die **SPD-Fraktion** bittet darum, den aktuellen Stand ins Protokoll aufzunehmen (Anlage 3).
- c) die Aufwendungen in Abhängigkeit zur Gruppenform, Kindpauschale, Betreuungszeit und Art des Trägers stünden und daher nicht als konkrete Zahl beziffert werden könne. **AM Dr. Reinhard Pech** beziffert den Mehraufwand von 45h gegenüber 35h auf rd. 30 %.
- d) der Ausbau der 45h-Betreuung Ergebnis der von den Trägern gemeldeten steigenden 45h-Nachfrage und daher im Rahmen der Möglichkeiten zu befriedigen sei. Abweichende Betreuungszeitanteile in umliegenden Kommunen hätten mit unterschiedlichen Steuerungsmöglichkeiten aufgrund eines höheren Anteils städtischer Einrichtungen zu tun. Der **Vorsitzende** gibt zu bedenken, dass mit Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz eine nach dem individuellen Bedarf auszurichtende Förderung verbunden sei und eine Bedarfsüberprüfung damit obsolet geworden sei. **AM Dr. Reinhard Pech** zitiert § 3a Abs. 3 KiBiz (Wunsch- und Wahlrecht), wonach sich der zeitliche Betreuungsumfang nach dem individuellen Bedarf der Familien auszurichten habe. **AM Herr Markus Knaup** berichtet über die Bedarfslage in der Kindertageseinrichtung „Guttentag-Loben-Straße“, wo kaum noch Nachfrage nach 35h-Plätzen zu verzeichnen sei. Die **CDU-Fraktion** vertritt die Meinung, dass das 35h- und insbesondere 25h-Angebot trotzdem nicht aus den Augen verloren werden sollte. **AM Frau Renate Tappen** merkt an, dass in der Kindertagespflege vergleichsweise weniger umfangreiche Betreuungszeiten nachgefragt werden. Die **Verwaltung** weist auf die unterschiedlichen zugrunde liegenden (Gesetzes)Systematiken hin.
- e) eine Spitzabrechnung zu Protokoll gegeben werde.

(Nachrichtlich: Die städtischen Zuschüsse würden bei einer Fortführung der aktuellen Gruppenstruktur rd. 26.850 € betragen, mit der neuen Gruppenstruktur werden die städtischen Zuschüsse rd. 27.700 € betragen. Der städtische Mehraufwand beträgt demnach rd. 850 €/Kindergartenjahr)

Die **SPD-Fraktion** hinterfragt die geringe Zahl an inklusiven Plätzen. Die **Verwaltung** führt aus, dass im kommenden Kindergartenjahr in den zwei „inkluisiven Einrichtun-

gen“ der AWO 20 und in „Regeleinrichtungen“ 5 (einzel)inklusive Plätze eingeplant seien (+3 gegenüber 2016/17).

AM Frau Renate Tappen fragt, wie im Ü3-Bereich eine 100%ige Bedarfsdeckungsquote mit dem festgestellten Ü3-Platzfehlbedarf zusammenpasse. Die **Verwaltung** entgegnet, dass dies u.a. mit der vergleichsweise hohen Zahl gemeindefremder Kinder zusammenhänge, die theoretisch von der Platzzahl abzuziehen sei. Die tatsächliche Bedarfsdeckungsquote für Kinder mit Wohnsitz Haan liege daher niedriger.

Die **FDP-Fraktion** hinterfragt den Rechtsanspruch für unter 1jährige. Die **Verwaltung** stellt klar, dass für unter 1jährige Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege unter definierten Kriterien bestehe (vgl. § 24 SGB VIII). Die derzeitigen Bedarfsquoten liegen bei unter 1jährigen bei rd. 16 % (33 betreute Kinder + 16 Anmeldungen), bei 1 bis unter 2jährigen bei rd. 65 %, und bei 2- bis unter 3jährigen bei rd. 90 % (über alle Altersjahrgänge rd. 53 %) - Tendenz steigend. **AM Dr. Reinhard Pech** äußert seine Sorge, dass in der Kindertagesstättenbedarfsplanung 2016/17 noch rd. 60 „Anmeldeüberhänge“ des laufenden Kindergartenjahres zu verzeichnen gewesen seien, in der aktuellen Planung 2017/18 bereits rd. 130. Er bittet aus aktuellem Anlass darum, den Übergang von der Kindertagespflege in Kindertageseinrichtungen in der nächsten Planung besonders in den Blick zu nehmen. Der **Vorsitzende** weist auf die aufgrund organisatorischer Veränderungen im Jugendamt ab Januar nicht mehr zur Verfügung stehende Personalressource für diese Fragestellung hin. Die **SPD-Fraktion** hinterfragt die aktuelle Überbelegung in der KiTa „Bollenberger Busch“. Die **Verwaltung** sagt zu, den Sachstand zu Protokoll zu geben.

(Nachrichtlich: Da die am Standort im zwischenzeitlich abgerissenen Container „Robert-Koch-Str.“ betreuten Kinder vorrangig zu versorgen waren/sind, wurde in Abstimmung mit dem Träger eine für das Kindergartenjahr 2016/17 befristete Reduzierung der Plätze für Kinder mit Förderbedarf vereinbart, die im Gegenzug eine dem Bedarf entsprechende Überbelegung ermöglichte.)

Der **Vorsitzende** bittet den JHA um Stellungnahme zum Resümee der Kindertagesstättenbedarfsplanung 2017/18, wonach vorzugweise in Haan West (zusätzlich zur ggf. 2-gruppigen Erweiterung „Bollenberg“) mindestens 4 zusätzliche Kindergartengruppen geschaffen werden sollten. Die **SPD-Fraktion** erklärt, das Resümee entspräche ihrer Haltung und mahnt ein zügiges Tätig werden an. Sie erinnert an den bereits im JHA am 18. Februar 2016 gefassten Beschluss, wonach für die Prüfung von KiTa-Erweiterungsmöglichkeiten die Fläche der ev. Kirchengemeinde im Bereich „Ohligser Str.“ mit in die Prüfung einbezogen werden sollte. Die **FDP-Fraktion** erklärt, ein Bauvorhaben in Haan West der Erweiterung am Bollenberg - u.a. aufgrund der überraschend hohen Kosten - vorzuziehen. Die **CDU-Fraktion** erklärt, ebenfalls einen Ausbau in Haan West zu präferieren. Der **Vorsitzende** erklärt für die **GAL-Fraktion**, dass eine zusätzliche Einrichtung in Haan West/Unterhaan benötigt werde und die Erweiterung am Bollenberg nicht weiter verfolgt werden solle. Bei der Entwicklung von Projektalternativen sei auch der aktuell an die Fraktionen herangetretene Bauträger/Investor zu berücksichtigen. Er fragt an, ob der Verwaltung bzgl. der ggf. möglichen Weiternutzung der Kindertageseinrichtung „Alleestr.“ zwischenzeitlich eine Rückmeldung des LVR vorliegen würde. Die **Verwaltung** informiert, dass eine Aussage zu einer etwaigen befristeten Weiternutzung erst nach einer Ortsbegehung durch die Heimaufsicht möglich sei und gibt zu bedenken, dass das

Bestandsgebäude erhebliche Mängel aufweise. Es seien daher ggf. Sanierungskosten zu erwarten. Die Verwaltung erläutert weiter, dass weder für Neubaumaßnahmen - die die sich kurzfristig nicht umsetzen ließen - noch für eine etwaige Weiternutzung des Standorts Alleestraße Haushaltspositionen eingeplant seien. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen seien daher entsprechende Beschlüsse zu fassen. **AM Dr. Reinhard Pech** bittet darum, aus Gründen der Planungssicherheit die in Anlage 1 zur Vorlage Kindertagesstättenbedarfsplanung 2017/18 dargestellten Gruppen/Betreuungsplätze bereits heute zu beschließen. Etwaige Anpassungen hinsichtlich des Standorts Alleestraße könnten ggf. im kommenden Sitzungszyklus beraten/beschlossen werden (Meldung ans Land: 15.03.2017). Die CDU-Fraktion kündigt Beratungsbedarf an. Es kommt zur Sitzungsunterbrechung.

Nach Wiederherstellung der Sitzung kommt es unter dem Hinweis, dass ein ggf. neuer Sachstand bzgl. Standort Alleestraße eine neue Beschlussfassung erforderlich macht, zur Abstimmung sowohl zu TOP 2 als auch zu TOP 3.

Beschluss:

Für das Kindergartenjahr 2017/18 (01.08.2017 bis 31.07.2018) wird als Ergebnis der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII vorbehaltlich der Zustimmung des Landes und der Zuschussgewährung nach § 21 Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiz NRW) beschlossen, die in Anlage 1 (Kindertageseinrichtung „Robert-Koch-Straße“ 4gruppig) aufgeführten Gruppen mit den dargestellten Betreuungsplätzen zu bilden.

Die Verwaltung wird beauftragt, den entsprechenden Finanzbedarf dem Land nach § 19 Abs. 3 und 4 KiBiz NRW fristgerecht zum 15.03.2017 zu melden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**4./ Ausbaumöglichkeiten in bestehenden Kindertageseinrichtungen - Ergebnis der Machbarkeitsstudie Erweiterung Kindertageseinrichtung Bollenberg (2- vs. 4-Gruppigkeit)
Vorlage: 51/141/2016**

Protokoll:

Siehe TOP 2.

Beschluss:

1. Die Erweiterung der städt. Kindertageseinrichtung Bollenberg wird nicht weiter verfolgt.
2. Der JHA beauftragt die Verwaltung, für die Haushaltsplanberatungen im JHA am 2. Februar 2017 unter Hinweis auf die vorliegende Kindertagesstättenbedarfsplanung 2017/18 Projektalternativen für Haan West (Unterhaan) mit Zeit- und Kostenrahmen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Es wurde über beide Absätze getrennt abgestimmt.

Zu 1.

Einstimmig beschlossen
8 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

Zu 2.

Einstimmig beschlossen
9 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

AM Dr. Reinhard Pech hat an der Beratung und Abstimmung **nicht** teilgenommen.

**5./ Aktuelle Situation der Flüchtlingskinder und Perspektiven
- Sachstandsbericht der Verwaltung**

Protokoll:

Die **Verwaltung** berichtet, dass im 1. Quartal 2017 mit 110 bis 120 zusätzlichen Zuweisungen zu rechnen sei - darunter auch Familien mit Kindern (Integrationsschlüssel/Wohnsitzauflage = rd. 50 zus. Zuweisungen; Königsteiner Schlüssel/Quote derzeit: 84 %).

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

**6./ Neue Organisationsstruktur Jugendamt
- Sachstandsbericht der Verwaltung**

Protokoll:

Die **Verwaltung** berichtet, dass Dezernat II und Jugendamt zum 1. Mai 2017 neu organisiert würden. An Stelle des Amtes Jugend, Soziales und Schule seien drei Ämter (Schule und Sport/Bücherei, Soziales und Integration sowie Jugendamt) mit jeweils eigenen Amtsleitungen vorgesehen. Innerhalb des Jugendamts seien vom Verwaltungsvorstand eine Abteilungsleitung Pädagogik sowie eine Abteilungsleitung Verwaltung, die auch jugendhilfeplanerische Aufgaben übernehmen soll, beschlossen worden. Eine formale Vorlage zur Neustrukturierung würde zu gegebener Zeit erfolgen. Der **Vorsitzende** kritisiert, dass zu den vorgesehenen Veränderungen in der Organisationseinheit Jugendamt keine vorherige Beratung im JHA erfolgt sei. Mit der neuen Organisationsstruktur sei mit einer Standardabsenkung in der Jugendhilfeplanung zu rechnen. Dies sei u.a. vor dem Hintergrund des Beschlusses zur Umsetzung einer systematischen und bedarfsorientierten Jugendhilfeplanung zum TOP „Konsolidierung 2017 (Jugendamt)“ im letzten JHA - nicht zielführend. Man werde die neue Struktur Mitte 2017 einer kritischen Prüfung unterziehen. Die **CDU-Fraktion** ist der Ansicht, dass die neue Abteilungsleitung Verwaltung gut auf den bisherigen planerischen Arbeitsergebnissen aufbauen könne.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

7./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

AM Dr. Reinhard Pech fragt nach dem aktuellen Sachstand bzgl. Integration der Kindertagespflege in das Anmeldeverfahren für Kindertageseinrichtungen „kitaVM“. Die **Verwaltung** informiert, dass am gestrigen Abend ein Arbeitstreffen mit Jugendhilfeplanung, Fachberatung und Interessengemeinschaft Kindertagespflege stattgefunden hätte und sich die Integration aktuell in Umsetzung befände. Als wesentliche Auswirkung der Integration sei eine größere Transparenz an der Schnittstelle Kindertagespflege-Kindertageseinrichtung zu erwarten.

8./ Mitteilungen

Protokoll:

Der **Jugendreferent** berichtet zum aktuellen Planungssachstand „Jugendaustausch 50. Jubiläum Haan-Eu“ (vgl. Anlage 4).